Was wir von Deutschland dringend brauchen könnten, wären Farbstoffe, besonders Arzneimittel und landwirtschaftliche Maschinen. Wir erzeugen zwar selbst neuerdings mehr Maschinen als im Frieden — Rußland hat sich durch den Krieg industrialisiert — aber die Möglichkeit, jetzt schon hinreichend Maschinen zu erzeugen, ist nicht vorhanden. Eine intensivere Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Bodens liegt uns aber außerordentlich am Herzen. Zu unseren wirtschaftlichen Zielen gehört ja in erster Linie eine starke Vermehrung der Güter, die der Mensch zum Leben und zum Genießen braucht. Wir sind durchaus keine Asketen, wir wünschen absolut nicht die Rückkehr zu primitiven Verhältnissen. Im Gegenteil, wir wünschen, die Menschen reicher und glücklicher zu machen.

Wie gegenwärtig die Ernährungsverhältnisse in Rußland sind? In den Städten nicht gut. Das liegt an den Transportverhältnissen. Aber Nordrußland hat Nahrungsmittel genug, und an der Besserung der Transportwege arbeiten wir. Wie die Gefangenenfrage steht? Wir sind bereit, den Austausch der Gefangenen zu beschleunigen. An einer solchen Beschleunigung haben wir das größte Interesse. Wie sich mein persönliches Verhältnis zur deutschen Regierung gestaltet? Die Beziehungen sind vollkommen korrekt."

Das „freie" Litauen.

Die kaiserliche Anerkennungsurkunde für Litauen, die am 23. März im Großen Hauptquartier gegeben wurde und nunmehr veröffentlicht wird, sagt:

„Nachdem der litauische Landesrat als die anerkannte Vertretung des litauischen Volkes am 11. Dezember 1917 die Wiedererrichtung Litauens als eines unabhängigen, mit dem Deutschen Reich durch ein ewiges festes Bundesverhältnis und durch Konventionen vornehmlich auf dem Gebiet des Militär-, des Verkehrs-, des Zoll- und Münzwesens verbundenen Staates verkündet und zur Wiedererrichtung dieses Staates den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches erbeten hat, nachdem ferner nunmehr die bisherigen staatlichen Verbindungen Litauens gelöst sind, beauftragen wir hiermit unseren Reichskanzler, den Grafen v. Hertling, dem litauischen Landesrat zu erklären, daß wir auf der Grundlage der vorstehend genannten Erklärung des litauischen Landesrats vom 11. Dezember 1917 im Namen des Deutschen Reichs **Litauen als einen freien und unabhängigen Staat anerkennen** und bereit sind, dem litauischen Staate den erbetenen Schutz und Beistand bei seiner Wiederaufrichtung zu gewähren. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß die abzuschließenden Konventionen den Interessen des Deutschen Reiches ebenso Rechnung tragen werden wie den litauischen, und daß Litauen an den Kriegslasten Deutschlands, die auch seiner Befreiung dienen, teilnehmen wird.

Gleichzeitig erteilen wir unserem Reichskanzler die Vollmacht, im Benehmen mit den Vertretern der Bevölkerung Litauens die zur Wiederaufrichtung des selbständigen litauischen Staates erforderlichen Maßnahmen zu treffen und wegen der Herstellung eines festen Bundesverhältnisses zum Deutschen Reiche und des Abschlusses der hierzu vorgesehenen und erforderlichen Konventionen das Weitere zu veranlassen."

Litauen soll also deutscher Halb-Bundesstaat werden, ohne bundesstaatliche Rechte zu haben. Wenn Litauen als deutsches Reichsgebiet annektiert würde, wäre das für die litauische Bevölkerung immer noch günstiger als dieser Zwitterzustand, denn dann könnte das annektierte Land seine Interessen doch wenigstens im Reichstag und Bundesrat vertreten.

Man kann sich denken, welche Gefühle die deutschen Bedingungen unter den Betroffenen erzeugen werden. Eine starke Strömung in Litauen fordert ein vollkommen unabhängiges Litauen mit einem Monarchen an der Spitze, der keinem der kriegführenden Länder entstammen soll. Auch eine republikanische Strömung ist vorhanden, aber für die von leitender deutscher Stelle gewünschte Lösung ist keinerlei Neigung da.

Die amerikanische Hilfe.

Das in Amsterdam erscheinende Blatt der britischen Internierten British News meldet aus London: Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die britischen Befehlshaber von den Vereinigten Staaten vor die Wahl gestellt wurden, **ob sie das amerikanische Heer sofort zur Mitwirkung an der** Verteidigung der Front in Frankreich zur Verfügung gestellt haben wollen, oder **ob sie die Front so lange halten wollen, bis das ganze fertig ausgebildete amerikanische Heer zu Hilfe kommen würde.** Man entschied sich für das letztere.

•

Zur Beschießung von Amiens.

Daily Mail meldet aus Amiens: Bis jetzt fielen 7000 deutsche Granaten in die Stadt, 1200 Häuser wurden getroffen. In die Kathedrale schlugen 9 Granaten ein. Das mächtige Christusstandbild der Kirche liegt zerschossen am Boden. Da die Deutschen in letzter Zeit in großem Umfange Gasgranaten benutzen, verließ die Bevölkerung die Stadt. Von 120 000 Einwohnern sind nur noch einige tausend übrig geblieben.

Der U-Bootskrieg.

Berlin, 11. Mai. Amtlich. Im Sperrgebiet um England durch unsere U-Boote neuerdings versenkt

16 500 Bruttoregistertonnen

feindlichen Handelsschiffraum.

Berlin, 12. Mai. Amtlich. Eines unserer U-Boote aus Flandern, Kommandant Oberleutnant z. S. Schmitz (Walter), hat im östlichen Teile des Aermelkanals die bewaffneten englischen Dampfer Hungerford, (5811 Br.-R.-T.) und Broderick (4321 Br.-R.-T.) und einen anderen ca. 5000 Br.-R.-T. großen, bewaffneten Dampfer, zusammen 15 000 Raumtonnen, versenkt. Die schönen Erfolge des Boots, das nach dem Blockierungsversuch wohlbehalten in Zeebrügge eingelaufen ist, zeigen besser als Worte, daß sich der Feind falschen Hoffnungen hingibt, wenn er immer wieder die Meldung ausstreut, daß ihm die Blockierung unserer flandrischen Stützpunkte und die Lahmlegung unserer dort stationierten U-Boote geglückt sei. Im ganzen nach neueingegangenen Meldungen unserer U-Boote versenkt

18 000 Bruttoregistertonnen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

England und Finnland.

Stockholm, 12. Mai. Wie Stockholms Tidningen aus Helsingfors erfährt, hat der dortige englische Konsul dem Senat einen Vorschlag über die Regelung der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Finnland unterbreitet. Die endgültige Regelung soll freilich dem Friedenskongreß vorbehalten bleiben, doch wird einstweilen die provisorische Anerkennung der finnischen Selbständigkeit in Aussicht gestellt unter der Bedingung, daß Finnland Garantien für die Aufrechterhaltung seiner Neutralität bietet, den britischen Untertanen und den britischen Waren freies Durchgangsrecht über Finnland nach Rußland zusichert und ihnen die Benutzung der finnischen Territorialgewässer gestattet.

•

Freilassungen in Rußland.

Moskau, 12. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf Grund der allgemeinen Amnestie vom 1. Mai wurde eine große Zahl der in den Gefängnissen befindlichen politischen und Kriminalverbrecher befreit. In Petersburg wurden die früheren Minister des Regimes der Romanow- und der Kerenski-Regierung in Freiheit gesetzt, ausgenommen die wegen Hochverrats und Betrugs Verurteilten. Der ehemalige Kriegsminister Suchomlinow erfuhr von seiner Befreiung an dem Tage, an welchem er aus dem Gefängnis beurlaubt werden sollte. Purichkewitsch und die anderen Teilnehmer an dem Anschlage gegen die Sowjets, nämlich Kommandant Grinberg, die Offiziere Chowanjeko und Duschkin, der Leutnant Zelinsky, der Zivilingenieur Parjenoff und andere, sind in Freiheit gesetzt worden. Im ganzen haben 200 Personen, welche wegen politischer und strafrechtlicher Vergehen verurteilt worden waren, an diesem Tage die Kasematten von Kresti verlassen.

•

Zum Flugverkehr zwischen Wien und Kiew.

Budapest, 12. Mai. (Telunion.) Az Ujsag teilt mit, daß der Flugverkehr zwischen Wien und Kiew binnen kurzer Zeit eingestellt werden muß, da wegen des wechselnden Wetters der Zeitpunkt der Abfahrt und der Ankunft unsicher geworden ist. Auch die Bahnverbindung ist inzwischen soweit fortgeschritten, daß der Weg nach Kiew in zwölf Stunden zurückgelegt werden kann. Auch haben die Flugzeuge zu viel Benzin verbraucht.

Aus den Steuerkommissionen.

Die Umsatzsteuer im Hauptausschuß.

Bei der Fortsetzung der Beratung am Sonnabend wandte sich Unterstaatssekretär Schiffer gegen einen fortschrittlichen Antrag auf Staffelung der Steuer **je nach der Höhe des Umsatzes,** sowie gegen einen weiteren Antrag, wonach die Steuer sich auf die Hälfte ermäßigt, wenn die Ware zur gewerblichen Weiterverarbeitung oder gewerblichen Weiterveräußerung umgesetzt wird. Herr Schiffer hält den finanziellen Ausfall für zu groß, daneben sei auch die Kontrolle ganz undurchführbar. Gegen die Fassung der Anträge macht Irl (Ztr.) starke Bedenken geltend; eine Staffelung zugunsten des Kleinhändlers sei jedoch notwendig. Der Redner befürwortet einen Antrag seiner eigenen Partei, der eine etwas andere Staffelung vorschlägt. Von der Aenderung des Entwurfs nach dieser Richtung hin werde ein Teil seiner Partei die Zustimmung zu dem Gesetz abhängig machen. Ein weiterer Antrag des Zentrums zu § 6 verlangt, daß die Zuschläge in derselben Höhe erhoben werden sollen, wenn in demselben Betriebe Rohstoffe oder Halbfabrikate wiederum weiterverarbeitet werden. Ueber die wirtschaftlichen und finanziellen Wirkungen der Anträge entsteht eine lange Auseinandersetzung zwischen den Antragstellern und dem Unterstaatssekretär Schiffer.

Keil (Soz.): Jede auftauchende Spezialfrage zeige aufs neue die ganze Widersinnigkeit der Umsatzsteueridee. Im Ausschuß für Handel und Gewerbe bemühe man sich um die Förderung einer rationelleren Gestaltung unserer Volkswirtschaft, hier aber werde in umgekehrter Richtung gearbeitet. Wer schon diese Besteuerung wolle, der mache doch viel besser

eine einfache Warensteuer,

die beim Uebergang an den letzten Verbraucher erhoben werde. Seine Partei jedoch sei gegen eine solche Steuer. Der Antrag Irl sei unannehmbar. Die Anregung Keils wird vom Regierungsvertreter bekämpft, von Waldstein (Vp.) lebhaft befürwortet. Auch Reinath (natl.) bekämpft die Staffelung. Keil (Soz.) schließt sich den Bedenken Schiffers an; die Staffelung im Sinne der konservativen und fortschrittlichen Anträge würde eine

Straffteuer für die Konsumgenossenschaften

bedeuten, die in der Kriegswirtschaft so Großes geleistet hätten.

Zu der Frage der Besteuerung des eigenen Verbrauchs gibt es abermals eine längere Aussprache, wobei Redner verschiedener Parteien betonen, daß diese Besteuerung eine Forderung der Gerechtigkeit sei. Die Regierungsvorlage sieht vor, daß ein Verbrauch bis zu 2000 M. steuerfrei bleibt, wenn die Gesamtheit der Entgelte 15 000 Mark nicht überschreitet. Es liegen verschiedene Abänderungsanträge vor, die die Unterkommission beschäftigen werden. Keil (Soz.) weist darauf hin, daß sehr wenig bei dieser Besteuerung herauskommen werde, wenn der Freiverbrauch bis zu 2000 M. bestehen bleibe.

Damit schließt die Aussprache; die Vorlage geht an die Unterkommission, deren Beratungen sofort beginnen.

Das Branntweinmonopol in der Kommission angenommen.

Der Ausschuß des Reichstags, der sich mit der Branntweinmonopolvorlage beschäftigt, hat in mehreren Sitzungen bei § 1 die Frage des Monopols eingehend erörtert. Grundsätzlich wurde die Errichtung des Monopols von der Fortschrittlichen Volkspartei bekämpft, die beantragte, an Stelle des Monopols eine Erhöhung der Verbrauchsabgabe auf 600 M. zu empfehlen. Einen ähnlichen Standpunkt nahm ein Teil der Zentrumsfraktion ein. Schwarze (Lippstadt) vom Zentrum beantragte, die Monopolvorlage abzulehnen und eine Kommission einzusetzen, die eine Aenderung des Branntweinsteuergesetzes auszuarbeiten hat. Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei lehnten das Monopol nicht grundsätzlich ab, sie beantragten vielmehr eine

Ausdehnung auch auf die Erzeugung,

während die Vorlage nur ein Handelsmonopol durchführen will. Sehr entschieden wurde von unseren Vertretern die Benachteiligung der Spirituserzeugung auf chemischem Wege und die einseitige Bevorzugung der landwirtschaftlichen Brennereien bekämpft. Die Konservativen traten für die Regierungsvorlage ein.

Bei der Abstimmung wurden alle Anträge abgelehnt und die Regierungsvorlage mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten das Zentrum, die Fortschrittliche Volkspartei und die Unabhängigen Sozialdemokraten. Für die Ausdehnung des Monopols, den sozialdemokratischen Antrag, stimmten mit den Antragstellern nur die Unabhängigen Sozialdemokraten.

Die Arbeitskammervorlage.

In der Sonnabendsitzung des 34. Reichstagsausschusses wurde die Aussprache über die Frage Territorial- oder Fachkammer fortgesetzt. Silberschmidt (Soz.) wies aus der Praxis nach, daß für das Einigungs- und das Tarifwesen Fachkammern recht ungünstig seien. Heckscher (Vp.) meint, daß der wirtschaftliche Frieden, der nach Kriegsende durch Ausscheidung irgend vermeidbarer Lohnkämpfe energisch gepflegt werden müsse, unter Fachkammern am besten gedeihe, weil dadurch Arbeiter und Arbeitgeber desselben Gewerbezweiges zusammengeführt werden. Trimborn (Ztr.) erklärt, daß die Reichstagsvorlage in dieser Form vom Zentrum nicht angenommen werden würde; sie müsse verbessert werden, um die allgemeinen Interessengebiete der Arbeiter nicht zu vernachlässigen; das sei der Fall, wenn es nur bei Fachkammern bliebe. Schwabach (natl.) hält territoriale Arbeitskammern für ungeeignet. Hüllmann (Unabh. Soz.) tritt für territoriale Arbeiterkammern ein. Der preußische Regierungsvertreter gab die verlangte Uebersicht, wie, für welche Industriegruppen und Gebiete Fachkammern für Preußen in Betracht kommen würden. Diese Darstellung wirkte auf die Anhänger des Fachkammerprinzips sehr ernüchternd; allgemein herrschte die Meinung, daß die berufliche Gliederung zu geradezu unmöglichen Zuständen führen und mehr Reibungen als Nutzen stiften würde. Deshalb wurde der Druck dieser Uebersicht gewünscht. Weil hierdurch die Entscheidung über das Organisationsprinzip erheblich beeinflußt wird, wurde die Beratung abgebrochen und auf Mittwoch vertagt.

Schweizer Spionageprozeß Mougeot.

Bern, 11. Mai. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Im Spionageprozeß Mougeot wurde Sonnabend abend nach neuntägigen Verhandlungen vor dem Militärgericht der dritten Division das Urteil gefällt. Wegen Verrats gegen die Schweiz und wegen Nachrichtendienstes zugunsten einer fremden Macht (Frankreich) wurden verurteilt: der französische Dragonerleutnant Maurice Mougeot zu zehn Jahren Zuchthaus und lebenslänglicher Landesverweisung, der französische Bankier Georges Clairin zu sechs Jahren Zuchthaus und lebenslänglicher Landesverweisung, der französische Großindustrielle Alfred Dreyfard zu sechs Jahren Zuchthaus und lebenslänglicher Landesverweisung, der französische Proturist Fernand Dreyfuß zu vier Jahren Zuchthaus und lebenslänglicher Landesverweisung. Alle vier Verurteilten befinden sich seit langem in Frankreich. Der schweizerische Wachtmeister Albert Schaffroth wurde wegen versuchten Landesverrats zu zwei Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus der Armee und der schweizerische Wachtmeister Paul Koetschet zu vier Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus der Armee verurteilt. Koetschet hatte dem französischen Spionagechef Mougeot Nachrichten über die schweizerische Truppenaufstellung an der Westgrenze, über Viehtransporte usw. geliefert. Außerdem wurden vom Gericht weitere vierzehn Angeklagte wegen verbotenen Nachrichtendienstes zugunsten Frankreichs zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre verurteilt, darunter Dr. Brüllstein (Bern), der zu drei Monaten Gefängnis und zweitausend Frank Buße verurteilt wurde. Das Gericht stellte eine Kassationsfrist von vierundzwanzig Stunden.

Der mitverurteilte Dr. Brüllstein ist der bekannte Berner Rechtsanwalt, der jahrelang als sozialdemokratischer Vertreter dem Schweizer Nationalrat angehörte.

Deutsches Reich.

Das internationale Rüstungskapital.

Der Abgeordnete Dr. Südekum (Soz.) hat folgende Kleine Anfrage im Reichstage eingebracht:

Nach übereinstimmenden Mitteilungen Berliner Zeitungen hat in der ordentlichen Generalversammlung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Geh. Kommerzienrat Arnhold, ausgeführt:

Die Beteiligung an einer großen Waffenfabrik in Philadelphia ist kurz vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg verlautbart worden. Diese Beteiligung war eine kapitalistische und eine fabrikatorische, d. h. die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken haben der amerikanischen Gesellschaft ihre Patente und Erfahrungen gegen namhafte Lizenzen überlassen. Durch die Veräußerung ist der Gesellschaft ein Gewinn von 9½ Mill. M. entstanden.

War dem Herrn Reichskanzler die Tatsache dieser Beteiligung bekannt? Was hat er getan, um zu verhindern, daß noch während des Kriegs unsere Feinde mit Waffen beliefert worden sind, die unter „kapitalistischer und fabrikatorischer Beteiligung" einer reichsdeutschen Firma hergestellt wurden?

Der U-Bootskrieg im Reichstage.

Der Reichstag begann am Sonnabend die zweite Beratung des Marineetats. Bei dieser Gelegenheit versuchte der konservative Abg. Kapp vergeblich, eine hochpolitische Debatte über die U-Bootsfrage zu entfesseln, indem er die U-Boote als unüberwindliche Waffe pries, die uns den Sieg verschaffen und Englands Weltmachtstellung vernichten wird. Unser Genosse Giebel, der die Reihe der Redner eröffnete, hatte diese Frage, nachdem im Ausschuß eine ausgiebige Aussprache stattgefunden, ausdrücklich ausgeschieden und sich darauf beschränkt, die Verhältnisse der Angestellten bei der Marineverwaltung, besonders die der Bureauangestellten, der besonderen Aufmerksamkeit des Staatssekretärs zu empfehlen. Der Staatssekretär versprach auch, alle Beschwerden mit möglichstem Wohlwollen zu prüfen, doch könnten die Angelegenheiten der Angestellten des Reichsmarineamts nicht selbständig von seinem Amt geregelt werden, sondern dies kann nur im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung des Reichs und auch Preußens geschehen.

Auch die übrigen Redner vermieden, auf die U-Bootsfrage einzugehen. Auch der nationalliberale Abg. Stresemann, der nach Herrn Kapp zu Worte kam, verwies auf die Aussprache im Ausschuß, glaubte aber doch feststellen zu sollen, daß der ganze Reichstag darin einig sei, daß, nachdem der uneingeschränkte U-Bootskrieg einmal begonnen sei, er nun auch durchgeführt werden müsse, und daß Deutschland im Frieden diese Waffe nicht etwa durch ein internationales Abkommen aus der Hand schlagen lassen dürfe, eine Behauptung, der der unabhängige Sozialdemokrat Vogtherr für seine Partei ausdrücklich als prinzipieller Gegner der Ar-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180513/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG